



PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPEEN PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI
PARLAMENTO EUROPEU EURÓPSKY PARLAMENT
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

Plenartagung

Vorschau - Plenartagung vom 22.-25. September 2008

- Klare Regeln für Hedge Fonds und Private Equity
- Parlament stimmt über Telekompaket ab: Förderung neuer Technologien und verbesserte Verbraucherrechte
- Verkehrsausschuss und Rat uneins über drittes Seeverkehrspaket
- Über 50 % der erwachsenen Europäer sind übergewichtig oder fettleibig
- Medienkonzentration und -pluralismus in der EU
- Überarbeitung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung
- Hohes Datenschutzniveau bei Verarbeitung personenbezogener Daten garantieren
- Erklärungen Sozialpaket
- Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission

Redaktion & Veröffentlichung :

Andreas KLEINER

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

FAXS: (33-3) 881 72336

PORT: (32) 498 98 33 22

Redaktion & Veröffentlichung :

Katrin EICHEL

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Internet: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm

Schwerpunkte

Während seiner Plenarsitzung vom 22. bis 25. September in Brüssel wird sich das EP u. a. mit folgenden Themen befassen: Hedge Fonds und Private Equity, Medienpluralismus, der Situation des globalen Finanzsystems, Terrorismusbekämpfung und Datenschutz, Übergewicht, Adipositas und ernährungsbedingten Krankheiten, dem dritten Seeverkehrspaket sowie dem Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009. Am Mittwoch wird das EP u. a. über das Telekompaket abstimmen.

Montag:

Erster Tagesordnungspunkt am Montag ist die Aussprache zu zwei Berichten, die sich mit **Hedge Fonds und Private Equity** befassen. Der Wirtschafts- sowie der Rechtsausschuss fordern hier **Gesetzesvorschläge**, die u. a. Vorschriften zu **Transparenz**, finanzieller **Stabilität**, Eigenkapital, zur EU-Beaufsichtigung von Rating-Agenturen sowie Maßnahmen gegen **Überschuldung** und gegen Interessenkonflikte enthalten. Nötig sei zudem eine Untersuchung aller EU-Vorschriften in Bezug auf die Finanzmärkte, und ggf. Gesetzesvorschläge, um Hedge Fonds und Private Equity **besser zu beaufsichtigen**.

2009 soll das "**Europäische Jahr der Kreativität und Innovation**" werden. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission liegt dem Plenum zur Abstimmung vor. Zu den Maßnahmen des Europäischen Jahres gehören, wie schon bei seinen Vorgängern, Informations- und PR-Kampagnen sowie Veranstaltungen und Initiativen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene, mit denen die zentralen Botschaften und Informationen über bewährte Vorgehensweisen bekannt gemacht werden sollen.

Am Montagabend befassen sich die Abgeordneten zudem mit einem Bericht des Ausschusses für Kultur und Bildung, in dem nachdrücklich gefordert wird, den **Medienpluralismus zu wahren**, und dafür zu sorgen, dass alle EU-Bürger Zugang zu freien und vielfältigen Medien in allen Mitgliedstaaten haben. Ein **pluralistisches Mediensystem sei eine Grundvoraussetzung** für das Fortbestehen des demokratischen europäischen Gesellschaftsmodells. Auch für eine **angemessene öffentliche Finanzierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk** sprechen sich die Abgeordneten aus.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fordert eine "**funktionsfähige, multifunktionale**" **Berglandwirtschaft** und spricht sich für eine integrierte "**EU-Strategie für die Berggebiete**" aus. Diese müsse innerhalb von sechs Monaten ausgearbeitet werden. Die Abstimmung zu diesem Bericht findet am Dienstag statt.

Dienstag:

Am Morgen wird sich das Plenum mit den Themen Terrorismusbekämpfung und Datenschutz befassen. Zunächst geht es um die vorgeschlagene Änderung des **Rahmenbeschlusses** aus dem Jahr 2002 zur **Terrorismusbekämpfung** und dessen Angleichung an das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus von 2005. Zentrale Aspekte sind die Aufnahme spezifischer vorbereitender Handlungen in den Begriff des Terrorismus, namentlich öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat sowie Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres äußert sich sehr kritisch zu der politischen Einigung des Ministerrates über den **Rahmenbeschluss zum Schutz personenbezogener Daten**, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden. Die Abgeordneten sprechen sich für einen starken und Schutz bietenden Rahmenbeschluss aus, der ein hohes Datenschutzniveau ermöglicht.

Am Nachmittag debattieren die Abgeordneten die sechs Berichte des **Seeverkehrspakets**. Der Verkehrsausschuss beklagt, dass die EU-Verkehrsminister über ein Jahr nach der ersten Lesung des EP im April 2007 immer noch zwei der sieben Vorschläge zur Sicherheit im Seeverkehr (zu Flaggenstaatpflichten und

Plenartagung

zur zivilrechtlichen Haftung) blockieren sowie den Großteil der vom Parlament zu den übrigen fünf Vorschlägen gemachten Empfehlungen nicht aufgenommen haben.

Im Anschluss daran geben die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission **Erklärungen zur Meerespiraterie** ab.

Mittwoch:

Die Hauptdebatte der Plenartagung findet am Mittwochmorgen zu den "Prioritäten des Europäischen Parlaments für das **Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009**" statt.

Ab 11.30 Uhr stimmt das Plenum u. a. über das **Telekompaket** ab.

Um 12.00 Uhr wird der ökumenische **Patriarch von Konstantinopel, Bartholomäus I**, im Rahmen einer feierlichen Sitzung zu den Abgeordneten sprechen. Sein Besuch im Parlament ist Teil des interkulturellen Dialogs, zu dem das EP herausragende Persönlichkeiten einlädt.

Um 15 Uhr geben die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen ab zur **Situation des globalen Finanzsystems** und zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU.

Am Mittwochabend debattieren die Abgeordneten u. a. das Thema **Übergewicht, Adipositas und ernährungsbedingte Krankheiten**. Diese nehmen "zunehmend **epidemische Ausmaße**" an, so der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO sind **mehr als 50 % der erwachsenen Bevölkerung in Europa übergewichtig oder fettleibig**, mehr als 5 Millionen Kinder sind fettleibig und fast 22 Millionen Kinder übergewichtig. Der Ausschuss fordert daher eine Vielzahl an Maßnahmen, um das Problem zu bekämpfen.

Donnerstag:

Am Donnerstagmorgen werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission den **zweiten Teil des Sozialpakets** vorstellen. Dabei wird es in erster Linie um **Zugang von Patienten zur Gesundheitsversorgung in anderen europäischen Ländern** gehen. Den ersten Teil des Sozialpakets debattierte das Plenum am 2. September.

Inhaltsverzeichnis

Vorschau - Plenartagung vom 22.-25. September 2008.....	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	5
Wirtschaft und Währung.....	6
Klare Regeln für Hedge Fonds und Private Equity.....	6
Industrie.....	8
Parlament stimmt über Telekompaket ab: Förderung neuer Technologien und verbesserte Verbraucherrechte.....	8
Verkehr.....	11
Verkehrsausschuss und Rat uneins über drittes Seeverkehrspaket	11
Gesundheitswesen.....	14
Über 50 % der erwachsenen Europäer sind übergewichtig oder fettleibig.....	14
Kultur.....	16
Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation 2009.....	16
Medienkonzentration und -pluralismus in der EU.....	16
Justiz und Inneres.....	19
Überarbeitung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung.....	19
Hohes Datenschutzniveau bei Verarbeitung personenbezogener Daten garantieren.....	20
Landwirtschaft.....	22
Agrarausschuss fordert EU-Strategie für die Berggebiete.....	22
Energie.....	23
Mündliche Anfrage - Steuerung der Energiepreisentwicklung.....	23
Sozialpolitik.....	24
Erklärungen Sozialpaket.....	24
Institutionen.....	25
Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission.....	25
Außenbeziehungen.....	26
Erklärungen zum Gipfeltreffen EU/Indien.....	26
Entwurf der Tagesordnung für die Tagung.....	27
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	30
Abkürzungen.....	30
Fraktionen.....	30
Fraktionen im Europäischen Parlament.....	31

Wirtschaft und Währung

Klare Regeln für Hedge Fonds und Private Equity

Der Wirtschafts- und der Rechtsausschuss fordern Gesetzesvorschläge zu Hedge Fonds und Private Equity. Diese sollen u. a. Vorschriften zu Transparenz, finanzieller Stabilität, Eigenkapital, zur EU-Beaufsichtigung von Rating-Agenturen sowie Maßnahmen gegen Überschuldung und gegen Interessenkonflikte enthalten. Nötig seien zudem eine Untersuchung aller EU-Vorschriften in Bezug auf die Finanzmärkte, und ggf. Gesetzesvorschläge, um Hedge Fonds und Private Equity besser zu beaufsichtigen.

In dem von Klaus-Heiner LEHNE (CDU) ausgearbeiteten Bericht "Zur Transparenz institutioneller Investoren" macht der Rechtsausschuss deutlich, dass ein "gemeinsamer Transparenzstandard" nötig sei. Transparenz sei eine Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Anleger und das Verständnis komplexer Finanzprodukte und trage somit zum optimalen Funktionieren und zur Stabilität der Finanzmärkte bei. Hedge Fonds und Private Equity, die in der EU angesiedelt sind, benötigten ein Regelungsumfeld, das ihre innovativen Strategien achtet, damit ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene sichergestellt wird, gleichzeitig aber die Auswirkungen einer "potenziell nachteiligen Marktdynamik" abmildert, so die Abgeordneten weiter.

Empfehlungen an die EU-Kommission

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung gibt in dem Bericht des dänischen Abgeordneten Poul Nyrup RASMUSSEN (SPE) zahlreiche Empfehlungen an die Kommission zu Hedge Fonds und Private Equity ab. Ein Gesetzesvorschlag müsse u. a. Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz, Maßnahmen gegen Überschuldung und Maßnahmen gegen Interessenkonflikte enthalten.

Eigenkapitalvorschriften

Wertpapierfirmen, darunter Partnerunternehmen und Kommanditgesellschaften, Versicherungsgesellschaften, Kreditinstitute, konventionelle Fonds (wie OGAW- und Pensionsfonds/Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung) müssen den Eigenkapitalvorschriften entsprechen, so der Ausschuss. Die Kommission sollte sicherstellen, dass "angemessene Eigenkapitalvorschriften für alle Finanzinstitute risiko-, nicht unternehmensbasiert" sind. Diese Eigenkapitalvorschriften sollten allerdings keine zusätzlichen Anforderungen zu bereits bestehenden Vorschriften darstellen und im Fall eines Fondsausfalls "keinesfalls als Garantie" betrachtet werden.

EU-Beaufsichtigung von Rating-Agenturen

Die Kommission sollte, so die Abgeordneten, einen Mechanismus für eine EU-Überprüfung von Rating-Agenturen, Verfahren und Vorschriften begründen, wobei entsprechende Pflichten existierenden Einrichtungen wie dem Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (CESR) übertragen werden sollten, auch um den Wettbewerb zu fördern und den Marktzugang im Ratingbereich zu ermöglichen.

Altersversorgung

Seit Mitte der neunziger Jahre hält eine steigende Zahl von Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften Anteile an Hedge Fonds und Private Equity. Jeder Ausfall würde sich negativ auf die Rentenansprüche der Versorgungsfondsmitglieder auswirken, so die Argumentation des Ausschusses. Bei der Überprüfung der entsprechenden bestehenden EU-Richtlinie sollte die Kommission sicherstellen, dass Arbeitnehmer

oder Personalvertreter unmittelbar oder über Treuhänder darüber informiert werden, wie ihre Renten investiert werden, sowie über die damit verbundenen Risiken.

EU-Vorschriften für Finanzdienstleistungen überprüfen

Schließlich sollte die Kommission eine Untersuchung aller bestehenden EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf die Finanzmärkte einleiten, um sämtliche "Lücken" bezüglich der Beaufsichtigung von Hedge-Fonds und Private Equity zu ermitteln. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung soll die Kommission dann ggf. Vorschläge machen, um Hedge Fonds, Private Equity und sonstige relevante Akteure "besser zu beaufsichtigen".

Berichtersteller: Klaus-Heiner LEHNE (CDU)

Bericht: (A6-0296/2008) - Transparenz von institutionellen Anlegern

Berichtersteller: Poul Nyrup RASMUSSEN (SPE, DK)

Bericht: (A6-0338/2008) - Hedge-Fonds und Private Equity

Verfahren: INI (Initiativberichte)

Aussprache: Montag, 22.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 23.9.2008

Industrie

Parlament stimmt über Telekompaket ab: Förderung neuer Technologien und verbesserte Verbraucherrechte

Das EP wird am 24.9. in erster Lesung über die Reform des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation (einschließlich Mobil- und Festnetztelefonie, Rundfunk und Internet) abstimmen. Das Telekompaket soll die Rechte der Konsumenten und den Datenschutz verbessern sowie die Frequenzvergabe modernisieren. Um zu garantieren, dass der neue Rechtsrahmen EU-weit einheitlich angewendet wird, soll ein neues Gremium der Europäischen Regulierungsbehörden für Telekommunikation (BERT) geschaffen werden.

Das Paket umfasst eine Richtlinie zu Verbraucher- und Datenschutz, eine Richtlinie über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten und eine Verordnung zur Errichtung eines neuen Gremiums europäischer Regulierungsbehörden.

Besserer Zugang zur Notrufnummer 112 und Hotline für vermisste Kinder

Anbieter von Telefondiensten müssen alle notwendigen Maßnahmen treffen, um zu gewährleisten, dass Notdienste von jedem Ort auf dem Gebiet der EU aus ununterbrochen gewährleistet werden, so der Binnenmarktausschuss in seinem Bericht zu Nutzerrechten. Darüber hinaus müssen kostenlos Angaben zum Anruferstandort übermittelt werden, sobald der Notruf die Notrufstelle erreicht. Die Mitgliedstaaten sollten behinderten Menschen einen gleichwertigen Zugang zu Notrufen und allen anderen elektronischen Kommunikationsdiensten zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

Der Ausschuss fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Bürger unter der Rufnummer „116000“ Zugang zu einer Hotline haben, bei der sie vermisste Kinder melden können.

Klarere Information zu Vertragsbedingungen

Die Abgeordneten stellen klar, welche Informationen in einem Kundenvertrag enthalten sein müssen. So müssen Anbieter ihre potentiellen Kunden über Beschränkungen der Nutzung aufklären, wie z. B. über die Sperrung von Mobiltelefonen für SIM-Karten anderer Anbieter. Ein Vertrag muss laut Binnenmarktausschuss außerdem "in klarer, umfassender und leicht zugänglicher Form" u. a. folgende Informationen beinhalten:

- Einzelheiten über Preise und Tarife
- die bei Vertragskündigung anfallenden Gebühren, unabhängig davon, ob die Kündigung vor oder zum vereinbarten Vertragende erfolgt
- wie verlässlich der Zugang zu Notdiensten bereitgestellt und Angaben zum Anruferstandort übermittelt werden können
- Angaben darüber, ob der Anbieter den Zugang des Teilnehmers zu rechtmäßigen Inhalten beschränkt
- Informationen der nationalen Behörden über die Nutzung von Kommunikationsdiensten: zu unrechtmäßigen Handlungen (wie Verstößen gegen das Urheberrecht) oder der Verbreitung schädlicher Inhalte und zu den Möglichkeiten des Schutzes der persönlichen Sicherheit und Privatsphäre
- die Gebühren für die Übertragung von Rufnummern

Der Binnenmarktausschuss unterstützt den Vorschlag der Kommission, dass es in der Regel maximal einen Tag dauern sollte, die Rufnummer eines Verbrauchers zu übertragen, wenn dieser den Anbieter wechselt. Die Parlamentarier legen auch fest, dass die Laufzeit von Verträgen 24 Monate nicht übersteigen darf.

Qualität von Diensten

Die überarbeitete Richtlinie berührt auch das Konzept der Netzneutralität, also der neutralen Übermittlung von Daten im Internet, unabhängig davon, woher diese stammen oder welche Anwendungen die Datenpa-

kete generiert haben. Die Abgeordneten meinen, dass die nationalen Regulierungsbehörden Leitlinien mit Mindestanforderungen an die Dienstqualität veröffentlichen können und gegebenenfalls Maßnahmen treffen, um eine Verschlechterung der Dienste und eine Verlangsamung des Datenverkehrs zu verhindern. Die Behörden müssten dafür sorgen, "dass der Zugang der Nutzer zu bestimmten Arten von Inhalten oder Anwendungen nicht in unzumutbarer Weise beschränkt wird".

Mehr Datenschutz

Der Bericht des Binnenmarktausschusses zu Nutzerrechten übernimmt Änderungsvorschläge aus einer Stellungnahme von Alexander ALVARO (FDP) vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, der für den Schutz der Privatsphäre zuständig ist. So sollten Anbieter bei Sicherheitsverletzungen zukünftig die nationalen Regulierungsbehörden informieren. Laut Kommissionsvorschlag sollten Anbieter betroffene Nutzer direkt benachrichtigen. Die Abgeordneten meinen jedoch, dass die Behörde vorerst die Schwere der Verletzung prüfen sollte und Nutzer nur bei ernststen Verletzungen informiert werden sollten.

Bisher gelten Internet-Protokoll-Adressen nur dann als personenbezogene Daten, wenn sie direkt mit einer Person in Verbindung gebracht werden können. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, besondere Rechtsvorschriften für die rechtliche Behandlung von Internet-Protokoll-Adressen als personenbezogene Daten im Rahmen des Datenschutzes vorzulegen.

Modernisierung der Frequenzvergabe

Frequenzen sind die Grundlage für viele moderne Technologien und Dienste wie Internet, Mobiltelefonie, mobiles Fernsehen, Navigationssysteme, Flugsicherung etc. Bisher wurde jedem Dienst ein bestimmtes Frequenzband zugewiesen. Beispielsweise ist ein Großteil der Bandbreite im Bereich bis 1GHz für Rundfunk und Fernsehen reserviert. Die Digitalisierung ermöglicht jedoch die Übertragung von sechs bis acht Fernsehkanälen in der Bandbreite, die bisher ein analoger Kanal allein benötigte. Der Übergang zum digitalen Fernsehen bis 2012 wird daher viele Frequenzen freimachen, die in Zukunft für zusätzliche Fernsehprogramme, Breitbandinternet oder E-Government-Dienste verwendet werden könnten, so der Bericht von Patrizia TOIA (ALDE, IT) zur so genannten "digitalen Dividende".

Der Bericht von Catherine TRAUTMANN (SPE, FR) über die Rahmenrichtlinie für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste unterstützt deshalb den Vorschlag der Kommission, die Neutralität der Kommunikationstechnologien und -dienste als verbindliche Prinzipien für die Frequenzvergabe einzuführen. Das heißt, im Einklang mit nationalen und internationalen Plänen für die Frequenzvergabe kann in Zukunft jede Anwendung in jedem Frequenzband angeboten werden.

Um sicherzustellen, dass drahtlose Dienste in Zukunft EU-weit kompatibel sind, sollten die Mitgliedstaaten untereinander und mit der Kommission bei der strategischen Planung und Harmonisierung der Funkfrequenznutzung zusammenarbeiten, so der Industriausschuss. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, einen Legislativvorschlag für ein Aktionsprogramm „Frequenzspektrum“ vorzulegen.

Engere Zusammenarbeit bei Marktregulierung

Der Industriausschuss befürwortet außerdem den Vorschlag von Pilar DEL CASTILLO VERA (EVP-ED, ES), ein neues Gremium der Europäischen Regulierungsbehörden für Telekommunikation (Body of European Regulators in Telecommunications - BERT) einzurichten, statt eine "Europäische Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation" zu schaffen, wie von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen.

BERT soll aus einem Rat der 27 nationalen Regulierungsbehörden bestehen, der als unabhängiges Expertengremium Empfehlungen zu Regulierungsmaßnahmen gibt, damit der europäische Rechtsrahmen EU-weit einheitlich angewendet wird. Das Gremium soll zu einem Drittel aus EU-Mitteln und zu zwei Dritteln aus Zuwendungen nationaler Regierungsbehörden finanziert werden.

Trennung von Netzinfrastruktur und Diensten nur in Ausnahmefällen

Die abgeänderte Rahmenrichtlinie führt zudem ein neues "Verfahren der Koregulierung" ein. Nationale Regulierer müssen demnach zukünftig die Kommission und BERT konsultieren, bevor sie Maßnahmen zur Marktregulierung ergreifen. Falls die Kommission und BERT glauben, dass die Maßnahme ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstellen würde, können sie den nationalen Regulierer zu einer Änderung auffordern.

Laut der überarbeiteten Richtlinie zum Netzzugang kann ein nationaler Regulierer in Ausnahmefällen einen etablierten Betreiber dazu auffordern, seine Netzinfrastruktur von den Abteilungen zu trennen, die Dienste über diese Infrastruktur anbieten. Das Netz verbleibt jedoch im Eigentum des Betreibers. Sowohl die Kommission als auch BERT müssen bestätigen, dass keine andere Maßnahme wirksamen Wettbewerb erreichen konnte.

Investitionen in Glasfasernetze der neuen Generation fördern

Um die Entwicklung von Glasfasernetzen der neuen Generation zu fördern, fordern die Abgeordneten des Industriausschusses "geeignete Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze", um die Innovation bei neuen Internetdiensten zu unterstützen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

Außerdem sollten die nationalen Regulierungsbehörden "marktorientierte Investitionen und Innovationen für neue und gestärkte Infrastrukturen" unterstützen, so der Ausschuss. Nationale Regulierer sollten z. B. eine gemeinsame Nutzung von Investitionen fördern und eine angemessene Risikoteilung zwischen den Investoren und denjenigen Unternehmen gewährleisten, die diese neuen Einrichtungen nutzen.

Berichterstatterin: Catherine TRAUTMANN (SPE, FR)

Bericht: (A6-0321/2008) - Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste

Berichterstatterin: Pilar DEL CASTILLO VERA (EVP-ED, ES)

Bericht: (A6-0316/2008) - Europäische Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation

Berichterstatterin: Patrizia TOIA (ALDE, IT)

Bericht: (A6-0305/2008) - Gemeinsames Konzept für die Nutzung der durch die Digitalumstellung frei werdenden Frequenzen

Berichterstatter: Malcolm HARBOUR (EVP-ED, UK)

Bericht: (A6-0318/2008) - Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: Universaldienst und Nutzerrechte, Schutz der Privatsphäre und Verbraucherschutz

*Verfahren: ***I (Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung)*

Abstimmung: Dienstag, 24.9.2008

Verkehr

Verkehrsausschuss und Rat uneins über drittes Seeverkehrspaket

Der Verkehrsausschuss beklagt, dass die EU-Verkehrsminister über ein Jahr nach der ersten Lesung des EP im April 2007 immer noch zwei der sieben Vorschläge zur Sicherheit im Seeverkehr (zu Flaggenstaatpflichten und zur zivilrechtlichen Haftung) blockieren sowie den Großteil der vom Parlament zu den übrigen fünf Vorschlägen gemachten Empfehlungen nicht aufgenommen haben.

Die Abgeordneten beschlossen daher, die wichtigsten ihrer Änderungsvorschläge zu Flaggenstaatenpflichten und zur zivilrechtlichen Haftung in andere Berichte einzufügen. Zudem brachten sie alle wichtigen Änderungsvorschläge aus der ersten Lesung nahezu einstimmig erneut ein.

Sicherheit im Seeverkehr ist oberste Priorität

Der Ausschuss betont, dass die Sicherheit im Seeverkehr nach wie vor die oberste Priorität des Parlaments sei und deshalb die Verwässerung der Vorschläge zur staatlichen Hafenkontrolle, für ein gemeinschaftliches Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr, zur Untersuchung von Unfällen, zur Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See sowie zu Schiffskontrollen und Überwachungsbehörden nicht hinnehmbar sei.

Die fünf Berichte des Seeverkehrspakets

Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr (Dirk STERCKX, ALDE, BE)

Der Ausschuss fügte erneut Änderungsvorschläge über die Benennung einer unabhängigen Fachbehörde für in Seenot geratene Schiffe ein. Wiederholte Unfälle und Beinahe-Unfälle hätten deutlich gemacht, dass viel zu oft wertvolle Zeit vergeudet werde, weil nicht klar sei, wer wofür zuständig ist. Der Ausschuss befürwortet deshalb den Aufbau einer kompetenten, unabhängigen Behörde, die im Falle von Unfällen entscheidet, welche Maßnahmen am besten zur Katastrophenabwendung geeignet sind. Kapitän und Mannschaft müssten bei Unfällen fair behandelt werden und dürften nicht kriminalisiert werden.

Der fehlende Nachweis finanzieller Sicherheiten darf keine Rolle bei der Entscheidung darüber spielen, ob einem in Seenot geratenen Schiff Aufnahme gewährt wird, so die Abgeordneten. Die Aufnahme in einen sicheren Hafen dürfe nicht auf versicherte Schiffe begrenzt werden.

Der Ausschuss nahm auch mehrere "politische" Änderungsanträge an, die die wichtigsten der vom Rat blockierten Punkte über zivilrechtliche Haftungsbestimmungen in den STERCKX-Bericht einfügen.

39 Abgeordnete stimmten für den Bericht, es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr (Jaromir KOHLICEK, GUE/NGL, CZ)

Der Ausschuss verabschiedete Änderungsanträge zur Unabhängigkeit von Untersuchungsbehörden, über eine Frist für die Aufnahme von Ermittlungen sowie zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Richtlinien der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) zur gerechten Behandlung von Seefahrern. Die Abgeordneten sprachen sich dafür aus, dass Ermittlungen über die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften bei schweren Unfällen, und nicht nur bei "sehr schweren" Unfällen, wie vom Rat vorgeschlagen, verpflichtend bleiben und dass Seenotmeldungen im Regelungsbereich der Richtlinie verbleiben. Außerdem sei von grundlegender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten bei der Untersuchung von Unfällen eine einheitliche Methodik anwenden.

40 Abgeordnete stimmten für den Bericht, es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (Richtlinie und Verordnung) (Luis de Grandes PASCUAL, EVP-ED, ES)

Klassifizierungsgesellschaften sind privatwirtschaftliche Organisationen, an die Flaggenstaaten bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit Schiffskontrollen delegieren. Diesbezügliche Hauptstreitpunkte zwischen Verkehrsausschuss und Rat sind der Name der neuen Behörde bzw. des neuen Systems zur Beurteilung und Zertifizierung dieser Gesellschaften sowie die Haftung zertifizierter Gesellschaften bei der Ausführung von Arbeiten für einen Mitgliedstaat. Änderungsanträge zur Wiedereinsetzung von Kernpunkten des fehlenden Vorschlags zur Flaggenstaatkontrolle wurden ebenfalls angenommen.

Beide Berichte wurden mit 42 Stimmen angenommen, es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Staatliche Hafenkontrolle (Dominique VLASTO, EVP-ED, FR)

Die Änderungsvorschläge des Verkehrsausschuss zeigen die Uneinigkeit mit dem Rat über die Häufigkeit von Schiffskontrollen in verschiedenen Risikogruppen, über die von den nationalen Behörden zu erfüllenden Zielvorgaben für die Häufigkeit von Kontrollen sowie über Schiffe, die außerhalb von Küstengewässern gelegene Ankerplätze (sog. offshore anchorages) benutzen. Letztere will der Rat vom Kontrollerfordernis ausnehmen, die Abgeordneten hingegen möchten sie einbeziehen.

Darüber hinaus will der Verkehrsausschuss Schiffe, die vorgegebene Standards nicht erfüllen, permanent aus EU-Häfen verbannen, während der Rat für ein temporäres Verbot plädiert.

40 Abgeordnete stimmten für den Bericht, es gab keine Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (Paolo COSTA, ALDE, IT)

Der Verkehrsausschuss nahm Änderungsanträge zur Ausdehnung der Verordnung zur Umsetzung der Athener Konvention auf alle inländischen Seetransporte, die der Rat auf Schiffe der Klasse A begrenzen will, sowie zur Einbeziehung von Binnenwasserwegen an. Auch einem Änderungsantrag betreffend die vom Rat abgelehnte Möglichkeit der Vorauszahlung von 21.000 Euro an Unfallopfer mit schweren Verletzungen oder bleibender Arbeitsunfähigkeit stimmte der Ausschuss zu.

Die Abgeordneten fügten zudem zwei Änderungsanträge aus der ersten Lesung erneut ein, die gemeinschaftliche Regelungen für die an Passagiere bei Unfällen auszuzahlenden Höchstbeträge vorschlagen. Die Ausschussmitglieder lehnten jegliche einschränkende Bezugnahme auf die im Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen niedergelegten globalen Höchstbeträge ab, da dies die Auszahlung eines Großteils der Forderungen von Passagieren gemäß der Athener Konvention verhindern könnte.

40 Abgeordnete stimmten für den Bericht, es gab keine Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

Berichterstatter: Dirk STERCKX (ALDE, BE)

Bericht: (A6-0334/2008) - Gemeinschaftliches Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr

Berichterstatter: Jaromir KOHLICEK (GUE/NGL, CZ)

Bericht: (A6-0332/2008) - Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr

Berichterstatter: Paolo COSTA (ALDE, IT)

Bericht: (A6-0333/2008) - Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See

Berichterstatterin: Dominique VLASTO (EVP-ED, FR)

Bericht: (A6-0335/2008) - Hafenstaatkontrolle (Neufassung)

Berichterstatter: Luis de Grandes PASCUAL (EVP-ED, ES)

Berichte: (A6-0331/2008) - Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und einschlägige Maß-

Plenartagung

*nahmen der Seebehörden (Neufassung) / (A6-0330/2008) - Schiffsüberprüfungs- und -
besichtigungsorganisationen (Neufassung)*

*Verfahren: ***II (Mitentscheidungsverfahren, 2. Lesung)*

Aussprache: Dienstag, 23.9.2008

Abstimmung: Mittwoch, 24.9.2008

Gesundheitswesen

Über 50 % der erwachsenen Europäer sind übergewichtig oder fettleibig

Übergewicht, Adipositas und ernährungsbedingte Krankheiten nehmen "zunehmend epidemische Ausmaße" an, so der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO sind mehr als 50 % der erwachsenen Bevölkerung in Europa übergewichtig oder fettleibig, mehr als 5 Millionen Kinder sind fettleibig und fast 22 Millionen Kinder übergewichtig. Der Ausschuss fordert daher eine Vielzahl an Maßnahmen, um das Problem zu bekämpfen.

Vor allem durch körperliche Bewegung und eine gesunde und ausgewogene Ernährung könne dem Übergewicht vorgebeugt werden kann. Alarmierend sei jedoch, dass jeder dritte Europäer in seiner Freizeit "überhaupt keinen" Ausgleichssport treibt, die Europäer im Durchschnitt täglich fünf Stunden im Sitzen verbringen und zahlreiche Europäer sich nicht ausgewogen ernähren. Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass dieses Problem eine "soziale Dimension" hat und insbesondere dass Übergewicht und Adipositas am häufigsten bei "sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten" festzustellen ist.

In der Kindheit erworbene Ernährungsgewohnheiten bestünden häufig bis ins Erwachsenenalter fort. Forschungsergebnissen zufolge werden fettleibige Kinder sehr wahrscheinlich auch als Erwachsene an Adipositas leiden. Unabdingbar sei es daher, Adipositas vorrangig schon bei Kleinkindern zu bekämpfen.

Mindestens drei Schulstunden Sport

Gerade an den Schulen müssten Maßnahmen ergriffen werden, damit körperliche Bewegung und ausgewogene Ernährung den Kindern "zur Gewohnheit werden". Daher müssten die Mitgliedstaaten die Vorteile einer ausgewogenen Ernährung und von körperlicher Bewegung als Unterrichtsgegenstand in die Schullehrpläne aufnehmen. Mindestens drei Schulstunden sollten "der sportlichen Betätigung" gewidmet werden.

Frisches Obst und Gemüse an den Schulen

Nötig sei es darüber hinaus, vom Verkauf stark fett-, salz- oder zuckerhaltiger Lebensmittel und Getränke mit geringem Nährwert in Schulen abzurücken. Stattdessen müsste frisches Obst und Gemüse "vermehrt zur Verfügung gestellt werden". Der Ausschuss unterstützt in diesem Zusammenhang eine mögliche Initiative „Obst an der Schule“, die von der EU finanziell unterstützt werden würde, ähnlich wie bei dem laufenden Schulmilchprogramm der EU. Wie von einigen Mitgliedstaaten verlangt müssten Lösungen für eine Fortführung der kostenlosen Verteilung von Obst und Gemüse an Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen gefunden werden.

In Verkaufsautomaten in Schulen nur gesunde Lebensmittel anbieten

Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, in Verkaufsautomaten in Schulen nur gesunde Lebensmittel anzubieten. Von Bedeutung sei auch, dass jede Art von Sponsoring und Werbung für Produkte mit hohem Zucker-, Salz- und Fettgehalt in Schulen nur auf Verlangen oder mit ausdrücklicher Genehmigung der Schulbehörden stattfinden darf und von Elternbeiräten überwacht werden sollte.

Verbraucher muss Wahl treffen können

Eine Politik, die auf die Qualität von Lebensmitteln ausgerichtet ist, könne wesentlich zur Förderung der Gesundheit und zur Eindämmung der Fettsucht beitragen, so der Ausschuss. "Verständliche Informationen"

auf den Verpackungen seien die "entscheidende Voraussetzung" dafür, dass die Verbraucher eine Wahl zwischen guten, besseren und weniger guten Lebensmitteln treffen können.

Deshalb müssten die Lebensmittel obligatorisch gekennzeichnet sein. Die Abgeordneten empfehlen, dass auf Lebensmitteln der Nährstoffgehalt stets pro 100g/100ml angegeben werden sollte, damit die Verbraucher den Nährstoffgehalt verschiedener Lebensmittel miteinander vergleichen können.

Wichtig sei auch, dass private Unternehmen einen Beitrag zur Verringerung der Adipositas leisten, indem sie neue gesündere Produkte entwickeln. Zudem sollten sie "stärker dazu angehalten werden", Systeme mit eindeutigen Informationen zu entwickeln und die Kennzeichnungen zu verbessern, damit die Verbraucher eine fundierte Kaufentscheidung treffen können.

Beschränkungen für Werbespots für ungesunde Lebensmittel

Darüber hinaus fordert der Ausschuss die Industrie auf, bei der Lebensmittelwerbung, die sich gezielt an Kinder wendet, "besondere Vorsicht walten zu lassen". Die Abgeordneten plädieren für werbefreie Sendezeiten und Beschränkungen für Werbespots für ungesunde Lebensmittel, die sich gezielt an Kinder wenden, wobei diese Beschränkungen sich auch auf neue Medienformen, wie z. B. Online-Spiele, Pop-ups und Textnachrichten, erstrecken sollten.

Verbot künstlicher Transfettsäuren

Der Ausschuss fordert des Weiteren ein gemeinschaftsweites Verbot künstlicher Transfettsäuren. Diese sind insbesondere in industriell produzierter Nahrung zu finden, wo sie durch die Härtung von Pflanzenöl entstehen. Industriell hergestellte Transfettsäuren stellen eine "schwerwiegende, sorgfältig dokumentierte, überflüssige Gefahr" für die Gesundheit der europäischen Bürger dar. Nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen steigt das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erheblich an, wenn Transfettsäuren in übermäßigen Mengen aufgenommen werden. Die Lebensmittelindustrie wird aufgefordert, zudem die Portionsgröße von Fertigprodukten zu ändern und eine breitere Auswahl kleinerer Portionsgrößen anzubieten.

Freizeitanlagen mit erschwinglichen Eintrittspreisen

Als weitere Elemente im Kampf gegen Übergewicht, Adipositas und ernährungsbedingte Krankheiten empfehlen die Abgeordneten u. a. die Entwicklung „bewegungsfreundlicher“ Gemeinden sowie die Einrichtung eines Netzwerks mit der Bezeichnung „Städte für eine gesunde Lebensweise“, das gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung von Adipositas durchführen soll. Gefördert werden müssten auch "Freizeitanlagen mit erschwinglichen Eintrittspreisen".

Berichterstatter: Alessandro FOGLIETTA (UEN, IT)

Bericht: (A6-0256/2008) - Weißbuch zu Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Mittwoch, 24.9.2008

Abstimmung: Donnerstag, 25.9.2008

Kultur

Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation 2009

2009 soll das "Europäische Jahr der Kreativität und Innovation" werden. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission liegt nun dem Plenum zur Abstimmung vor. Zu den Maßnahmen des Europäischen Jahres gehören, wie schon bei seinen Vorgängern, Informations- und PR-Kampagnen sowie Veranstaltungen und Initiativen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene, mit denen die zentralen Botschaften und Informationen über bewährte Vorgehensweisen bekannt gemacht werden sollen.

Das allgemeine Ziel des Europäischen Jahres 2009 ist die Förderung der Kreativität für alle als Triebkraft für Innovation und als Schlüsselfaktor für die Entwicklung persönlicher, beruflicher, unternehmerischer und sozialer Kompetenzen durch lebenslanges Lernen. Der Vorschlag sieht vor, dass die Förderung von Kreativität und Innovationsfähigkeit auf alle Phasen des lebenslangen Lernens zugeschnitten wird, vom Berufsleben bis ins Rentenalter, und dass alle Lernformen einbezogen werden.

Die Kommission sieht keine gesonderte Finanzierung für das Europäische Jahr vor. Es soll im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsprogramme und der geplanten Verwaltungsausgaben umgesetzt werden.

"Viele richtige Ideen und Initiativen"

Laut Berichterstatterin des Parlaments, der griechischen Abgeordneten Katerina Batzeli (SPE), beinhaltet der Vorschlag der Kommission "viele richtige Ideen und Initiativen". Europa müsse seine Kreativität und Innovationsfähigkeit aus sozialen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen steigern und das Potential unseres Kontinents entwickeln, um auf die Herausforderungen und Chancen der Globalisierung reagieren zu können.

Die Berichterstatterin unterstreicht, dass die Ausrufung eines europäischen Jahres eine Methode zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, zur Verbreitung von Wissen über vorbildliche Vorgehensweisen, zur Förderung der politischen Diskussion und des politischen Wandels sowie zur Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger darstellt. Damit die Europäischen Jahre aber nicht zu bloßen PR-Instrumenten werden, sollten ihre Ziele und Ergebnisse in Politiken, Programme und andere horizontale Aktionen einfließen und zugleich Ausgangspunkt für neue Aktionen und Politiken sein.

Der Ausschuss für Kultur und Bildung nimmt insgesamt nur 14 Änderungen am Text vor.

2006 war das Europäische Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer, 2007 das Europäische Jahr der Chancengleichheit, 2008 ist das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs.

Berichterstatterin: Katerina BATZELI (SPE, EL)

Bericht: (A6-0319/2008) - Europäisches Jahr der Kreativität und der Innovation (2009)

*Verfahren: ***I (Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung)*

Aussprache: Montag, 22.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 23.9.2008

Medienkonzentration und -pluralismus in der EU

Der Ausschuss für Kultur und Bildung fordert nachdrücklich, den Medienpluralismus zu wahren,

und dafür zu sorgen, dass alle EU-Bürger Zugang zu freien und vielfältigen Medien in allen Mitgliedstaaten haben. Ein pluralistisches Mediensystem sei eine Grundvoraussetzung für das Fortbestehen des demokratischen europäischen Gesellschaftsmodells. Auch für eine angemessene öffentliche Finanzierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sprechen sich die Abgeordneten aus.

In Europa habe sich das Zwei-Säulen-Modell für privates und öffentlich-rechtliches Fernsehen und audiovisuelle Mediendienste zur Stärkung des Medienpluralismus bewährt und sollte weiterentwickelt werden, so die Abgeordneten in dem Bericht der estnischen Abgeordneten Marianne MIKKO (SPE).

Stabile Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei "untrennbar verknüpft" mit den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen jeder Gesellschaft sowie mit der Notwendigkeit, den Medienpluralismus zu gewährleisten. Öffentlich-rechtliche Sendeanstalten müsse eine "stabile Finanzierung" gewährt werden. Sie müssten fair und ausgewogen handeln und über die Mittel verfügen, um das öffentliche Interesse und soziale Werte zu fördern.

Medienpluralismus nicht ausschließlich Marktmechanismen überlassen

Durch die bei privaten Medienunternehmen bestehende Tendenz, sich vor allem am finanziellen Gewinn zu orientieren, sei die Fähigkeit der Medien zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe als Hüter der Demokratie "erheblich gefährdet". Der Schutz des Medienpluralismus dürfe daher nicht ausschließlich den Marktmechanismen überlassen werden. Die Abgeordneten fordern daher die Mitgliedstaaten auf, hochwertige öffentlich-rechtliche Sendeanstalten zu unterstützen, die eine "echte Alternative" zum Programmschema der kommerziellen Sender bieten können und die, ohne dass sie zwangsläufig um Einschaltquoten und um Werbeeinnahmen konkurrieren müssen, einen herausragenderen Platz in der europäischen Medienlandschaft einnehmen können als Stützen bei der Aufrechterhaltung des Medienpluralismus, des demokratischen Dialogs und des Zugangs aller Bürger zu qualitativ hochwertigen Inhalten. Allerdings, geben die Abgeordneten zu bedenken, handeln auch die öffentlich-rechtlichen Sender zunehmend gewinnorientiert, "wodurch sich häufig Fragen nach der angemessenen Verwendung der öffentlichen Mittel stellen".

Eigentumskonzentration im Mediensystem

Die Eigentumskonzentration im Mediensystem schaffe ein Umfeld, das die Entstehung von Monopolen auf dem Werbemarkt begünstigt, Hindernisse für den Marktzutritt für neue Akteure schafft und auch zu einer "Vereinheitlichung der Medieninhalte" führt. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass das Wettbewerbsrecht mit dem Medienrecht "verzahnt" werden müsse, um Zugang, Wettbewerb und Qualität zu gewährleisten und Interessenkonflikte zwischen der Eigentumskonzentration im Medienbereich und der politischen Macht, die dem freien Wettbewerb, gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle und dem Pluralismus schaden, zu vermeiden.

Nötig sei eine "konsequente" Anwendung der wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen auf europäischer und nationaler Ebene, um eine hohe Wettbewerbsintensität sicherzustellen und den Marktzutritt für neue Wettbewerber zu ermöglichen.

Nutzererzeugte Inhalte und Weblogs

Der Ausschuss weist darauf hin, dass bei einer verstärkten Inanspruchnahme von nutzererzeugten Inhalten die Vorschriften in Bezug auf die Privatsphäre von Bürgern und Personen des öffentlichen Lebens "nicht immer beachtet" werden. Daher müssten "rechtliche Mechanismen" für den Schutz der Betroffenen geschaffen werden.

Die Abgeordneten schlagen die Förderung von Ethikkodizes und Nutzungsbedingungen für private nutzererzeugte Inhalte in kommerziellen Veröffentlichungen und Kanälen sowie die Einführung von Gebühren vor, die dem kommerziellen Wert der nutzererzeugten Inhalte entsprechen.

Darüber hinaus sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, den rechtlichen Status von Weblogs und von auf nutzererzeugten Inhalten basierenden Internetseiten im Sinne einer rechtlichen Gleichstellung mit jeder anderen Form der öffentlichen Meinungsäußerung klarzustellen.

Unabhängigkeit von Journalisten und Herausgebern

Der Ausschuss unterstützt schließlich die Schaffung einer Charta für Medienfreiheit, um die freie Meinungsäußerung und den Pluralismus zu gewährleisten. Zugleich müssten die Unabhängigkeit von Journalisten und Herausgebern durch angemessene und konkrete rechtliche und soziale Garantien gewährleistet werden, etwa durch "redaktionelle Statuten". Der Einmischung der Eigentümer, Aktionäre oder externer Einrichtungen wie etwa der Regierungen in die Informationsinhalte müsse vorgebeugt werden.

Berichterstatterin: Marianne MIKKO (SPE, EE)

Bericht: (A6-0303/2008) - Medienkonzentration und -pluralismus in der Europäischen Union

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 22.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 23.9.2008

Justiz und Inneres

Überarbeitung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung

Das Plenum wird sich am 23. September mit der vorgeschlagenen Änderung des Rahmenbeschlusses aus dem Jahr 2002 zur Terrorismusbekämpfung und dessen Angleichung an das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus von 2005 befassen. Zentrale Aspekte sind die Aufnahme spezifischer vorbereitender Handlungen in den Begriff des Terrorismus, namentlich öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat sowie Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien spielen bei der Ausbreitung der terroristischen Bedrohung eine erhebliche Rolle, so die EU-Kommission in ihrem Vorschlag. Dies gelte insbesondere für das Internet als preiswertes, schnelles und leicht zugängliches Medium mit praktisch globaler Reichweite. Terroristen nutzen das Internet sowohl für die Verbreitung ihrer Propaganda, um Anhänger zu gewinnen und zu mobilisieren, als auch für die Verbreitung von Anleitungen und Online-Handbüchern für die Terrorismus-Ausbildung oder die Planung von Terroranschlägen. Adressaten sind Gefolgsleute ebenso wie Sympathisanten. Das Internet trage auf diese Weise maßgeblich zur Verstärkung des Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozesses bei und diene darüber hinaus als „virtuelles Trainingscamp“, indem es Informationen über Mittel und Methoden des Terrorismus verbreitet. Die Verbreitung terroristischer Propaganda und Kenntnisse im Internet ergänzt und verstärkt die Indoktrinierung und Ausbildung in der realen Welt und trägt dazu bei, den Kreis terroristischer Aktivisten und Sympathisanten zu erweitern und zu festigen.

Der überarbeitete Rahmenbeschluss will dieser "wachsenden Bedrohung Einhalt gebieten" und gleichzeitig eine Angleichung Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus erreichen durch Aufnahme neuer Straftatbestände wie öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat, Anwerbung für terroristische Zwecke und Ausbildung für terroristische Zwecke.

Enge Zusammenarbeit mit örtlichen und regionalen Behörden

In seinen Änderungen am Vorschlag der EU-Kommission macht der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres deutlich, dass die Maßnahmen der EU zur Terrorismusbekämpfung in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen und regionalen Behörden durchgeführt werden sollten. Diese spielten insbesondere bei der Prävention insofern eine "Schlüsselrolle", als die Personen, die Terrorakte verüben, und die Personen, die zu Terrorakten anstiften, in den örtlichen Gemeinden leben, mit deren Bevölkerung sie in Kontakt stehen und deren Dienste und Instrumente der Demokratie sie in Anspruch nehmen.

Öffentliche Anstiftung zur Begehung einer terroristischen Straftat

Darüber hinaus möchten die Abgeordneten den Begriff „Aufforderung“ durch den Begriff „Anstiftung“ ersetzen. Letzterer sei "schärfer gefasst" und ein gängigerer Terminus in der Sprache der Justiz, so die Begründung. Unter einer „öffentlichen Anstiftung zur Begehung einer terroristischen Straftat“ verstehen die Abgeordneten das "öffentliche Verbreiten oder sonstige öffentliche Zugänglichmachen einer Botschaft, in der eindeutig und vorsätzlich die Begehung einer Straftat befürwortet wird, wenn dieses Verhalten offensichtlich die Gefahr begründet, dass eine oder mehrere solcher Straftaten begangen werden könnten".

Grundrechte oder -freiheiten nicht schmälern oder behindern

Schließlich dürften aufgrund des Rahmenbeschlusses Grundrechte oder Grundfreiheiten nicht geschmälert oder behindert werden. Wörtlich heißt es in einem Änderungsantrag des Ausschuss, der Rahmenbeschluss

dürfe "nicht dahin ausgelegt werden, dass er Grundrechte oder Grundfreiheiten wie das Recht auf Meinungs- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit anderer Medien, das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens einschließlich des Rechts auf Achtung des Brief- und Fernmeldegeheimnisses, welches auch für den Inhalt von E-Mails und sonstigen elektronischen Schriftverkehrs gilt, schmälert oder behindert."

Berichterstatterin: Roselyne LEFRANÇOIS (SPE, FR)

Bericht: (A6-0323/2008) - Terrorismusbekämpfung

*Verfahren: * (Konsultationsverfahren)*

Aussprache und Abstimmung: Dienstag, 23.9.2008

Hohes Datenschutzniveau bei Verarbeitung personenbezogener Daten garantieren

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres äußert sich sehr kritisch zu der politischen Einigung des Ministerrates über den Rahmenbeschluss zum Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden. Die Abgeordneten sprechen sich für einen starken und Schutz bietenden Rahmenbeschluss aus, der ein hohes Datenschutzniveau ermöglicht.

Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Martine ROURE (SPE) aus Frankreich, bedauert, dass der Ministerrat den ursprünglichen Kommissionsvorschlag "seines Inhalts beraubt" und eine politische Einigung auf dem "kleinstmöglichen Nenner" erreicht hat. "Das Datenschutzniveau dieses Textes ist minimal und weist auch sehr erhebliche Defizite auf".

Hohes Maß an Datenschutz

Die Abgeordneten schlagen deshalb zahlreiche Änderungen vor. So dürfe die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten nicht zu einer Lockerung des Datenschutzes in diesen Ländern führen, sondern müsse vielmehr auf ein "hohes Maß an Schutz in der gesamten Union in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen des Europarates zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten" abstellen. Es sei von zentraler Bedeutung, dass der Rahmenbeschluss auch auf die Verarbeitung von Daten auf nationaler Ebene Anwendung findet. So solle vermieden werden, dass in der Europäischen Union unterschiedliche Datenschutzniveaus bestehen. Eine Weitergabe von Daten etwa an Drittstaaten dürfe nur dann erfolgen, wenn ein "angemessenes Schutzniveau für die beabsichtigte Datenverarbeitung" entsprechend der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet wird.

Verarbeitung bestimmter Daten nur in Ausnahmefällen

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie von Daten über Gesundheit oder Sexualeben soll "untersagt" werden. Ausnahmen von diesem Verbot dürfe es nur dann geben, wenn für jeden einzelnen Fall die vorherige Genehmigung einer zuständigen Justizbehörde eingeholt wurde und dies für die Verhütung, Ermittlung, Feststellung oder Verfolgung von terroristischen und sonstigen schwerwiegenden Straftaten "unabdingbar" ist. Zudem müssten "geeignete Garantien" vorgesehen werden, beispielsweise eine Beschränkung des Datenzugriffs auf das Personal, das für die rechtmäßige, die Datenverarbeitung rechtfertigende, Verarbeitung zuständig ist. Darüber hinaus dürften diese besonderen Kategorien von Daten "nicht automatisch verarbeitet" werden, es sei denn, das innerstaatliche Recht gewährleistet einen angemessenen Schutz.

Gruppe für den Datenschutz

Plenartagung

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, eine Gruppe für den Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten einzusetzen.

Aufgabe der Gruppe soll es u. a. sein, Stellungnahmen zu nationalen Maßnahmen oder zum Schutzniveau zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern und internationalen Einrichtungen abzugeben, insbesondere um zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten nur an Drittländer oder internationale Einrichtungen weitergeleitet werden, die ein angemessenes Datenschutzniveau sicherstellen. Stellt die Gruppe "Unterschiede zwischen den Rechtsvorschriften und der Praxis" der Mitgliedstaaten fest, die die Gleichwertigkeit des Datenschutzes beeinträchtigen könnten, so teilt sie dies Ministerrat und EU-Kommission mit. Auch erstellt die Gruppe jährlich einen Bericht über den Schutz personenbezogener Daten. Dieser Bericht wird veröffentlicht und dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission übermittelt.

Berichterstatterin: Martine ROURE (SPE, FR)

Bericht: (A6-0322/2008) - Schutz personenbezogener Daten

*Verfahren: * (Konsultationsverfahren)*

Aussprache und Abstimmung: Dienstag, 23.9.2008

Landwirtschaft

Agrarausschuss fordert EU-Strategie für die Berggebiete

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fordert eine "funktionsfähige, multifunktionale" Berglandwirtschaft und spricht sich für eine "EU-Strategie für die Berggebiete" aus. Diese müsse innerhalb von sechs Monaten ausgearbeitet werden.

In ihrem Bericht über die "Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in den Berggebieten" betonen die Abgeordneten, dass die Berggebiete "benachteiligt" sind, weshalb sich die Landwirtschaft weniger gut an die Wettbewerbsbedingungen anpassen kann und Mehrkosten anfallen, aufgrund derer die dortige Landwirtschaft nicht in der Lage ist, hochwettbewerbsfähige Erzeugnisse zu niedrigen Preisen zu produzieren. Nötig sei daher die Ausarbeitung einer integrierten EU-„Strategie für nachhaltige Entwicklung und Nutzung der Ressourcen der Berggebiete“.

Ausgleichszahlungen "langfristig gerechtfertigt"

Darüber hinaus unterstreichen die Abgeordneten, dass die Ausgleichszahlungen für die Berggebiete (insbesondere in Mittel- und Hochgebirgsgebieten) auch in der Zukunft aus Mangel an Produktionsalternativen "langfristig gerechtfertigt" sind. Zudem fordert der Ausschuss "gesonderte finanzielle Unterstützung" für die Milchwirtschaft (Milchbetriebe und Milchverarbeitungsbetriebe), die auf Grund mangelnder Produktionsalternativen eine zentrale Rolle für die Berggebiete (insbesondere die Mittel- und Hochgebirgsgebiete) spielt.

Spezielle Fördermaßnahmen

Aufgrund der erhöhten Kosten und des Arbeitsaufwandes insbesondere bei der Ablieferung von Milch und Milchprodukten von und zu Tal verlangt der EP-Agrarausschuss "spezielle Fördermaßnahmen" sowie die Einführung einer Prämie für Milchkühe in den Berggebieten.

Auch Erreichbarkeit und Vernetzung der Berggebiete müssten verbessert und die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt werden.

Schließlich sei auch die verstärkte Förderung von Jungbäuerinnen und Jungbauern und der Chancengleichheit von Männern und Frauen "als Existenz bestimmende Faktoren" nötig.

Berichterstatter: Michl EBNER (EVP-ED, IT)

Bericht: (A6-0327/2008) - Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in Berggebieten

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 22.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 23.9.2008

Energie

Mündliche Anfrage - Steuerung der Energiepreisentwicklung

Rat und Kommission werden Stellung nehmen zu zwei Anfragen zur mündlichen Beantwortung zum Thema "Steuerung der Energiepreisentwicklung".

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Steuerung der Energiepreisentwicklung

In den vergangenen Monaten ist es zu einem starken Anstieg der Ölpreise gekommen, die ihren Höchststand seit den 70er Jahren erreicht haben, was in der gesamten EU zu Protesten bei LKW-Fahrern, Landwirten, Fischern und anderen geführt hat. Zudem dürften die Ölpreise, obwohl sie inzwischen wieder gesunken sind, mittel- und langfristig auf einem hohen Niveau bleiben.

Aspekte einer strukturellen Reform: Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um diese ungerechtfertigte direkte Kopplung aufzuheben, die zwischen den Strom- und den Ölpreisen besteht? Welches Wettbewerbsniveau gibt es in diesem Sektor? Welches sind die vorläufigen Ergebnisse/Optionen der Konsultation in Zusammenhang mit der Überprüfung der bestehenden Rechtsvorschriften über die Notreserven an Öl?

Aspekte der Spekulation und der Preisgestaltung: Wie können die Ölmärkte transparenter gestaltet werden? In welcher Weise sind die Finanzmärkte von den Ölpreisspekulationen betroffen? Haben die Ölgesellschaften die Kraftstoffpreise nach dem jüngsten Rückgang des Ölpreises gesenkt? Besteht eine Symmetrie zwischen den Kraftstoffpreisen und den Ölpreisen?

Aspekte der Energieeffizienz, der Förderung erneuerbarer Energien und der Diversifizierung der Energiequellen: Was wird getan werden, um die Frage der Energieeffizienz energischer anzugehen, u. a. dadurch, dass eine bessere Durchführung der bestehenden Rechtsvorschriften innerhalb der Mitgliedstaaten gefördert wird? Welche Maßnahmen sind im Hinblick auf verstärkte Investitionen zur Finanzierung alternativer Energietechnologien und der diesbezüglichen Forschung vorgesehen?

Energiesicherheits- und außenpolitische Aspekte: Welches sind die Ziele, was den Dialog mit maßgebenden Produzenten wie Russland, Norwegen und der OPEC betrifft, und welche Schritte werden unternommen werden, um einen angemessenen Zugang zu einer sicheren und erschwinglichen Energieversorgung zu gewährleisten? Welche Unterstützung soll für die Öl importierenden Entwicklungsländer zur Schaffung von Alternativen zu den fossilen Brennstoffen bereitgestellt werden?

Makroökonomische und soziale Aspekte: Die Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise auf die Inflation haben zu der Entscheidung der EZB, die Zinssätze anzuheben, beigetragen. Welche Maßnahmen werden a) zum Schutz bedürftiger Gruppen und b) zur Abmilderung der negativen makroökonomischen und sozialen Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise getroffen werden? Welches sind die bewährtesten Vorgehensweisen in Bezug auf „kurzfristige und gezielte“ Maßnahmen und wie sehen ihre Ergebnisse aus?"

Verfahren: Mündliche Anfrage

Mittwoch, 24.9.2008

Sozialpolitik

Erklärungen Sozialpaket

Am Donnerstagmorgen werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission den zweiten Teil des Sozialpakets vorstellen. Dabei wird es in erster Linie um den Zugang von Patienten zur Gesundheitsversorgung in anderen europäischen Ländern gehen. Den ersten Teil des Sozialpakets debattierte das Plenum am 2. September.

Hintergrund erneuerte Sozialagenda:

Laut Kommission steht die Agenda "für ein erneuertes Engagement für ein soziales Europa und basiert auf einem integrierten Ansatz, der verschiedene Politikfelder zusammenführt." Das Paket umfasst 19 Initiativen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, Bildung und Jugend, Gesundheit, Informationsgesellschaft und Wirtschaft.

Die Initiativen sind an den folgenden Prioritäten ausgerichtet:

1. Die Zukunft vorbereiten: Kinder und junge Menschen
2. In Menschen investieren: Steuerung des Wandels
3. Ein längeres und gesünderes Leben unterstützen
4. Diskriminierungen bekämpfen
5. Die Instrumente stärken
6. Die internationale Agenda mitgestalten
7. Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen

Die Kommission schlägt beispielsweise eine Richtlinie vor, die Lücken in den bestehenden Vorschriften schließt, so dass die Bürger auch außerhalb von Beschäftigung und Beruf vor Diskriminierungen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung geschützt werden. Ein anderer im Paket enthaltener Legislativvorschlag zielt darauf ab, den Zugang von Patienten zur Gesundheitsversorgung in anderen europäischen Ländern zu erleichtern.

Schließlich umfasst das Paket eine Mitteilung, in der die Kommission ihre Vorstellungen davon erläutert, welche Schulen Europa im 21. Jahrhundert braucht, sowie eine Mitteilung über die Bildung und die soziale Eingliederung von Kindern mit Migrationshintergrund.

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission
Donnerstag, 25.9.2008*

Institutionen

Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission

Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009

Die Hauptdebatte der Plenartagung findet am Mittwochmorgen zu den "Prioritäten des Europäischen Parlaments für das Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009" statt.

Mittwoch, 24.9.2008

Außenbeziehungen

Erklärungen zum Gipfeltreffen EU/Indien

Am Mittwochnachmittag werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen zur "Vorbereitung des Gipfeltreffens EU/Indien" abgeben, das am 29. September 2008 in Marseille stattfinden wird.

Die indische Delegation wird von Premierminister Manmohan Singh angeführt, die Europäische Union wird vertreten durch den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy in seiner Funktion als Vorsitzender des Europäischen Rats, durch den Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Durão Barroso und durch den Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana.

Der EU-Indien-Gipfel soll einen neuen Schritt zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Indien darstellen. Er bietet die Gelegenheit, regionale Fragen von gemeinsamem Interesse und die großen globalen Herausforderungen wie Klima-, Energie- und Ernährungsfragen anzusprechen.

Bei dem Gipfel soll ein erneuerter gemeinsamer Aktionsplan angenommen werden, der die 2004 vereinbarte strategische Partnerschaft an die neuen Herausforderungen anpassen soll.

Der Gipfel soll auch den 2007 begonnenen Verhandlungen über ein Seefahrts- und ein Freihandelsabkommen neue Impulse verleihen. Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner Indiens und ein wichtiger Investor in mehreren Bereichen, die wesentlich für das indische Wachstum sind (Energie, Verkehr, Telekommunikation). Diese Abkommen würden dem Handelsaustausch zwischen der Europäischen Union und Indien, der seit 2002 ein konstantes Wachstum aufweist, weitere Dynamik verleihen. Angesprochen werden sollen bei dem Gipfel auch die Verhandlungen über ein horizontales Luftverkehrsabkommen.

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission
Mittwoch, 24.9.2008*

Entwurf der Tagesordnung für die Tagung

Montag, 22. September 2008

17:00 - 23:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Wiederaufnahme der Sitzungsperiode und Arbeitsplan
	<ul style="list-style-type: none"> Ausführungen von einer Minute (Artikel 144 GO)
	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Aussprache - Finanzmärkte <ul style="list-style-type: none"> Bericht: Poul Nyrup Rasmussen (A6-0338/2008) - Hedge-Fonds und Private Equity Bericht: Klaus-Heiner Lehne (A6-0296/2008) - Transparenz von institutionellen Anlegern
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: David Hammerstein (A6-0336/2008) - Beratungen des Petitionsausschusses (2007)
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Katerina Batzeli (A6-0319/2008) - Europäisches Jahr der Kreativität und der Innovation (2009)
	<ul style="list-style-type: none"> kurze Darstellung von Initiativberichten (Artikel 45 Absatz 2 GO): <ul style="list-style-type: none"> Bericht: Michl Ebner (A6-0327/2008) - Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in Berggebieten Bericht: Marianne Mikko (A6-0303/2008) - Medienkonzentration und -pluralismus in der Europäischen Union

Dienstag, 23. September 2008

9:00	
	<ul style="list-style-type: none"> gegebenenfalls Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge (Artikel 134 GO)
9:00 - 11:50 AUSSPRACHE ZU EINEM SCHWERPUNKTTHEMA	
	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Aussprache - Terrorismus - Datenschutz <ul style="list-style-type: none"> Bericht: Roselyne Lefrançois (A6-0323/2008) - Terrorismusbekämpfung Bericht: Martine Roure (A6-0322/2008) - Schutz personenbezogener Daten
12:00 - 13:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Abstimmungen
15:00 - 18:00 [AUSSPRACHEN ZU GESETZGEBUNGSVERFAHREN]	
	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Aussprache - Seeverkehr <ul style="list-style-type: none"> Empfehlung für die zweite Lesung: Dirk Sterckx (A6-0334/2008) - Gemeinschaftliches Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr Empfehlung für die zweite Lesung: Jaromír Kohlíček (A6-0332/2008) - Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr Empfehlung für die zweite Lesung: Paolo Costa (A6-0333/2008) - Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See Empfehlung für die zweite Lesung: Dominique Vlasto (A6-0335/2008) - Hafenstaatkontrolle (Neufassung) Empfehlung für die zweite Lesung: Luis de Grandes Pascual (A6-0331/2008) - Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und einschlägige Maßnahmen der Seebehörden (Neufassung) Empfehlung für die zweite Lesung: Luis de Grandes Pascual (A6-0330/2008) - Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (Neufassung)
18:00 - 19:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Fragestunde mit Anfragen an den Rat (B6- /2008)
21:00 - 24:00	

Plenartagung

	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Aussprache - Tropenholz
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Caroline Lucas (A6-0313/2008) - Internationales Tropenholz-Übereinkommen von 2006
	<ul style="list-style-type: none"> Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Internationales Tropenholz-Übereinkommen von 2006 Helmuth Markov (O-0074/2008 - B6-0458/2008)
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Costas Botopoulos (A6-0324/2008) - Änderung von Artikel 121 GO

Mittwoch, 24. September 2008

9:00 - 11:20 [AUSSPRACHE ZU GESETZGEBUNGSVERFAHREN]	
	<ul style="list-style-type: none"> Aussprache - Prioritäten des Europäischen Parlaments für das Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009
	<ul style="list-style-type: none"> Erklärungen des Rates und der Kommission - Vorbereitung des Gipfeltreffens EU/Indien (Marseille, 29. September 2008)
11:30 - 12:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Abstimmung über die Texte, zu denen die Aussprache geschlossen ist
12:00 - 12:30	
	<ul style="list-style-type: none"> Feierliche Sitzung Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel Bartholomaios I
12:30 - 13:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Fortsetzung der Abstimmungen
15:00 - 17:30 [AUSSPRACHEN ZU AKTUELLEN THEMEN]	
	<ul style="list-style-type: none"> Erklärungen des Rates und der Kommission - Situation des globalen Finanzsystems und seine Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft
	<ul style="list-style-type: none"> Anfragen zur mündlichen Beantwortung - Steuerung der Energiepreisentwicklung Hannes Swoboda (O-0082/2008 - B6-0460/2008) Hannes Swoboda (O-0083/2008 - B6-0461/2008)
17:30 - 19:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Fragestunde mit Anfragen an die Kommission (B6- /2008)
21:00 - 24:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Alessandro Foglietta (A6-0256/2008) - Weißbuch zu Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Joseph Muscat (A6- /2008) - Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: Behandlung von Versicherungs- und Finanzdienstleistungen
	<ul style="list-style-type: none"> Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Kollektive Verwaltung von Urheberrechten im Online-Sektor Giuseppe Gargani (O-0081/2008 - B6-0459/2008)
	<ul style="list-style-type: none"> gegebenenfalls Berichte gemäß Artikel 134 GO

Donnerstag, 25. September 2008

10:00 - 11:50	
	<ul style="list-style-type: none"> Erklärungen des Rates und der Kommission - Sozialpaket (zweiter Teil)
12:00 - 13:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Abstimmungen
15:00 - 16:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Stand der Reform der Europäischen Schulen

Plenartagung

	Katerina Batzeli, Erna Hennicot-Schoepges (O-0066/2008 - B6-0454/2008)
16:00 [bzw. im Anschluss an die vorangegangenen Aussprachen]	
	<ul style="list-style-type: none">• Abstimmung über die Texte, zu denen die Aussprache geschlossen ist

Codes der parlamentarischen Verfahren

A-Reihe	Berichte und Empfehlungen
B-Reihe	Entschlüsse und mündliche Anfragen
C-Reihe	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

Abkürzungen

BG	Bulgarien	IE	Irland	AT	Österreich
BE	Belgien	IT	Italien	PL	Polen
CZ	Tschechische Republik	CY	Zypern	PT	Portugal
DK	Dänemark	LV	Lettland	RO	Rumänien
DE	Deutschland	LT	Litauen	SI	Slowenien
EE	Estland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden
FR	Frankreich	NL	Niederlande	UK	Vereinigtes Königreich

Fraktionen

EPP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PES	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE/ADLE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Greens/EFA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
FL	Fraktionslos

Fraktionen im Europäischen Parlament

	EVP-ED	SPE	ALDE	UEN	GRÜNE/ FEA	VEL/ NGL	IND/ DEM	FL	Gesamt
BE	6	7	6		2			3	24
BG	5	5	5					3	18
CZ	14	2				6	1	1	24
DK	1	5	4	1	1	1	1		14
DE	49	23	7		13	7			99
EE	1	3	2						6
IE	5	1	1	4		1	1		13
EL	11	8				4	1		24
ES	24	24	2		3	1			54
FR	18	31	10		6	3	3	7	78
IT	24	17	12	13	2	7		3	78
CY	3		1			2			6
LV	3		1	4	1				9
LT	2	2	7	2					13
LU	3	1	1		1				6
HU	13	9	2						24
MT	2	3							5
NL	7	7	5		4	2	2		27
AT	6	7	1		2			2	18
PL	15	9	6	19			3	2	54
PT	9	12				3			24
RO	18	10	6		1				35
SI	4	1	2						7
SK	8	3						3	14
FI	4	3	5		1	1			14
SE	6	5	3		1	2	2		19
UK	27	19	11		5	1	8	7	78
Gesamt	288	217	100	43	43	41	22	31	785